

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sowjetische Handelsflotte mit strategischen Aufgaben

Die Friedensschiffe

Eine chinesische Studie über die maritime Stärke der UdSSR

Die sowjetischen Seestreitkräfte umfassen keineswegs nur Einheiten der Kriegsmarine. Eine chinesische Studie (die wir in Zusammenfassung eines Berichtes aus Washington wiedergeben) spricht von erheblichen militärischen Aufgaben der zivilen Flotte der UdSSR.

Zurzeit, so stellt die Studie fest, besitzt die UdSSR die grösste Fischereiflotte der Welt mit mehr als 4500 Schiffen, die zusammen mit mehr als 160 Versorgungsschiffen in der Lage ist, militärischen und vor allem nachrichtendienstlichen Zwecken gute Dienste zu leisten. Der chinesische Autor zitiert den sowjetischen Admiral Gortschkow, Befehlshaber der sowjetischen Marine, der gesagt hat:

«Seetransport, Fischerei und Ozeanvermessung bilden einen Teil der sowjetischen Seestreitkräfte.»

Von Interesse ist die Feststellung, dass eine grosse Anzahl von Offizieren und Matrosen der Kriegsmarine ihren Dienst auf Handelsschiffen versehen, wobei die gesamte Handelsflotte unter militärischem Kommando steht. Die Folge ist, dass alle Besatzungen eine abgeschlossene Marineausbildung besitzen. Zusätzlich vermerkt die Studie, dass die meisten Handelsschiffe als militärische Hilfsschiffe verwendet werden können und mit entsprechenden Laderäumen zum Transport von Panzern, Raketen und Munition ausgestattet sind.

Viele Handelsschiffe dienen den Sowjets für Nachrichtenzwecke. Ihre Besatzung besteht dann aus geschultem Personal des KGB und wird in

Briefe

Angst vor schlafenden Hunden?

Um den bedenklichen Kalender, den Fastenopfer und Brot für Brüder vor Ostern herausgegeben haben, ist es still geworden. Auf die ausgewogenen Artikel von Dr. P. Sager wurde nicht mehr weiter eingegangen. Ist den kirchlichen Herren wohl der Atem ausgegangen? Oder verfolgen sie die Taktik, schlafende oder wieder eingeschlafene Hunde nicht zu wecken? Das wird sich im nächsten Kalender weisen. Biblische Texte anpassen: Das Wort «Anpasser» ist einer Generation, die Hitler bewusst erlebt hat, die das Vorrücken des Kommunismus beobachtet, ein Greuel und zugleich eine Warnung.

Dem ZeitBild und seiner Redaktion sei für den Mut, für die Würde gedankt, mit denen sie immer wieder heisse Eisen anpacken.

J. L.

den Schiffslisten als Kapitän oder Matrosen der Handelsschiffahrt geführt. Diese Gruppen haben die Aufgabe, Informationen über Verteidigungsanlagen zu sammeln, die Anlagen der Häfen und die hydrographischen Verhältnisse auszukundschaften, feindliche Kriegsschiffe sowie die Ausstrahlung des Funkverkehrs und anderer elektronischer Geräte zu überwachen und mit den an Land befindlichen Agenten in den verschiedenen Ländern Verbindung zu halten.

Ein Hinweis auf eine US-Quelle besagt, dass die Ueberwachung der Tätigkeit des KGB in den US-Häfen infolge ihres Umfangs kaum möglich sei.

In der Zwischenzeit steht fast die Hälfte der sowjetischen Fischereiflotte in militärischem Dienst. Er umfasst Ueberwachung der Luft- und Seewege, Auffrischung der Personalbestände der Flotte überall in der Welt und (als aktuellste Aufgabe) Anlieferung von Waffen in alle konfliktreichen Gebiete. Etwa 50 Ueberwachungsschiffe sind zurzeit als Trawler oder Frachter getarnt, von denen aus der Funkverkehr auf dem Boden, in der Luft und mit den U-Booten überwacht wird.

Nachträge und Weiterungen

Wir hatten in der letzten Nummer (S. 6) über wiederholte Attentatsversuche gegen den estnischen Parteichef Karl Vaino berichtet. Dazu gibt es einen Nachtrag.

Weil sich die Sache in Estland offenbar ohnehin schon herumgesprochen hat, versucht sie das KGB zu bagatellisieren. Den Behörden ist es allerdings schwer möglich, öffentlich plötzlich von Vorkommnissen zu reden, die in der Presse zum Teil verschwiegen und zum Teil als Unfälle hingestellt worden waren. Deshalb bekämpft man Gerüchte mit einem Gegengerücht.

Beamte teilen den Leuten «vertraulich» mit, aus einer psychiatrischen Klinik sei ein geisteskranker Student entwichen. Er habe sich ein Gewehr beschaffen können, verstecke sich in den Wäldern und schiesse von dort aus auf Passanten.

Ein seltsamer Zufall allerdings, dass der Amokläufer wiederholt dazu kam, den Ersten Sekretär der estnischen KP ins Visier zu kriegen...



Einen indirekten Nachtrag zu den Preiserhöhungen in der UdSSR (letzte Nummer, S. 5) lieferte der sowjetische Binnenhandelsminister Alexander Strujew, als er im September am Radio über die Folgen von unbegründeten Gerüchten über neue Preiserhöhungen sprach:

«Ich muss darauf hinweisen, dass Gerüchte über angebliche Preiserhöhungen geradewegs den Spekulanten in die Hände spielen, die Waren aufkaufen, um sie später zu übersetzten Preisen zu verkaufen.» (Radio Moskau, 5. 9. 1979)

Auch zu politischen und strategischen Zwecken wird die sowjetische Fischereiflotte eingesetzt. Bilaterale Abkommen, die der Kooperation auf dem Gebiet des Fischfangs, der Navigation oder der Vermessung dienen sollen, sind oft der erste Schritt zur strategischen Präsenz in einem anderen Land. Derartigen Abmachungen folgen meist Abkommen über die Benutzung von Häfen und Stützpunkten, dann folgt das Eintreffen von Spezialisten und Beratern, um die Organisation auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu übernehmen.

Der Bericht zeigt weiterhin auf, dass zwischen 1960 und 1978 die sowjetische Handelstonnage vom 13. Platz auf den 6. vorgerückt ist, d. h. gemessen an der Welttonnage von 2,5 auf 6,5 Prozent gestiegen ist. Sowjetische Schiffe fahren jetzt mit 30 bis 40 Prozent des gesamten atlantischen Frachtverkehrs, 20 bis 25 Prozent in Ostafrika und dem Fernen Osten, mit 25 Prozent im skandinavischen und im Mittelmeerraum. Bei amerikanischen Frachtgütern beläuft sich die Frachtrate auf nur 5 Prozent, die für sowjetische Häfen bestimmt ist, während 95 Prozent in andere Länder gehen.

wi

Aber wie sollte denn die Rechnung der Spekulanten aufgehen, wenn die Waren weiterhin zu den alten Preisen erhältlich sein werden? Dann bleiben die Spekulanten doch auf ihren Vorräten sitzen, die man ebensogut im Laden kaufen kann, oder?

Für die Logik dieser Frage ebenso wie für das Portemonnaie der Leute bleibt es sich gleich, dass der Minister nominell natürlich die übersetzten Preise auf dem schwarzen Markt meinte. Diese entstehen dadurch, dass es Mangelwaren gibt, die man zu offiziellen Preisen einfach nicht zu kaufen kriegt.

Dieser Sachverhalt wiederum wird offiziellerweise durch Implikation zugegeben. Als Mangelwaren nannte Strujew «Baumwolle und Leinenprodukte, Socken, Trikotwäsche, bestimmte Erzeugnisse des Kinderbedarfs, Nähmaterial, Toiletenseife, Zahnbürsten und Zahnpasta sowie eine Anzahl weiterer Artikel».

Der Grund für diese Lage liegt laut Strujew darin, dass «das Geldeinkommen der Werktätigen in den letzten Jahren erheblich rascher gestiegen ist als der Ausstoss an Konsumgütern». Dazu kommt noch die Knappheit an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, ebenso eine «nicht kleine Anzahl industrieller Rückstände». Und dazu eben die Spekulanten, die auch unter den Angestellten des Einzelhandels zu finden seien, wo man seltene Waren auf die Seite lege, um sie privat mit einer Gewinnmarge zu verkaufen.

Nur: eigentlich kommen die Spekulanten nicht «dazu», sondern daher.



Im Unterschied zur Sowjetunion scheut man sich dagegen in Ungarn nicht, die Absage an bisherige offizielle Grundvorstellungen ziemlich deutlich zu formulieren. Ein Beispiel dafür ist das Interview, das Tamas Nagy der «Heti Világ-gazdaság» gewährt hat. Nagy ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und stellvertretender Leiter des Wirtschaftsinstituts in der Ungarischen

Akademie der Wissenschaften. Er gehört der Expertenkommission zur Ausarbeitung der Preisreform an, die 1980 mit einer Revision der Produzentenpreise erst voll einsetzen soll (siehe letzte Nummer). Seine Aussagen haben also amtliches Gewicht. (Kapitalin Mogyoro: «Ein Entwerfer des neuen Preissystems antwortet» in «Heti Vilaggazdasag», Budapest, 25. 8. 1979)

Man fragte Nagy, ob die Erarbeitung des neuen Preissystems nicht erschwert worden sei durch die ideologische Konzeption, wonach ein stabiles Preissystem zu den Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft gehöre. Er antwortete:

«Diese Auffassung war tatsächlich lange Zeit Bestandteil unserer Theorie und Ideologie. Aber es handelt sich um eine falsche Ansicht. In der Praxis steigen die Preise längerfristig auch in sozialistischen Ländern. Das kann gar nicht anders sein, weil die inflatorischen Kräfte auch hier wirksam sind. Ueberdies gibt es keine Wirtschaft, die vom Rest der Welt isoliert wäre.»

Also ein ausdrücklicher Widerruf eines ideologischen Prinzips, das anderswo (und in der Sowjetunion schon gar) noch immer offizielle Geltung hat.

Möglicherweise um diese Brisanz seiner Aussage zu dämpfen, fügte Nagy dann gleich hinzu, dass der Prozess der ungarischen Preisregulierungen planmässig im Rahmen der sozialistischen Wirtschaft stattfindet. Aber dass er es für nötig gefunden hat, so etwas ausdrücklich zu versichern, ist als Indiz auch nicht ohne Brisanz.



Jenes Interview war auch sonst bemerkenswert. So hat Nagy die kommende Reform der Produzentenpreise (sie steht erst in ihren Richtlinien fest, noch nicht in ihren Details) keineswegs als optimale Lösung vorgestellt, sondern als Kompromiss. Das konsequenteste Vorgehen würde darin bestehen, die einheimische Produktion wenigstens ungefähr in freie Konkurrenz zum Import treten zu lassen, was eine Preisreduktion der zu kostspielig produzierten eigenen Fabrikate nach sich ziehen müsste. Weil aber diese Lösung aus verschiedenen Gründen zurzeit nicht durchführbar sei, werde man sich voraussichtlich darauf beschränken, die Preise von Industrieerzeugnissen auf dem Inlandmarkt annäherungsweise auf das Niveau zu bringen, das sie zu halten vermögen, wenn man sie exportiert. «Nach meiner Ansicht ist das eine Ersatzlösung, aber ich hoffe, dass sie zu gewissen Ergebnissen führt.»

Auf jeden Fall aber «wünschen wir mit der Praxis aufzuhören, wonach selbst jene ungarischen Unternehmen, die unter viel zu hohen Produktionskosten arbeiten, mittels übersetzter Inlandpreise für ihre Erzeugnisse doch zu ihrem Profit kommen».

Wie steht es mit der Aussicht, diesen «Wunsch» zu realisieren? Prof. Nagy scheint skeptisch genug zu sein, um selbst den sonst in Ungarn geläufigen Ausdruck der «Preisreform» nicht ohne Vorbehalt zu verwenden. Die Preisregulierungen von signifikantem Ausmass könnten «als Preisreform bezeichnet» werden. Mit dieser seltsam gewundenen Umschreibung meint er vielleicht, dass eine Preisreform ihren Namen erst dann fraglos verdienen würde, wenn sie eine Uebereinstimmung von Inland- und Weltmarktpreisen erzielen würde und die Preise zur Hauptsache von Angebot und Nachfrage bestimmt wären. ■

«Feind hört mit» ist kein Grund zum Schweigen

Notizen aus der DDR

Eine bemerkenswerte Aeusserung aus der DDR: Wenn wir unsere Probleme diskutieren, sucht das der Feind zu seinen Zwecken auszunützen. Aber wenn wir unsere Probleme nicht diskutieren, kommen wir seinen Zwecken selber entgegen.

Die Ostberliner Zeitschrift «Neue Deutsche Literatur» (Nr. 9/1979) hat die Literaturkritiker in der DDR aufgefordert, mehr Selbstbewusstsein zu zeigen. Sie wies darauf hin, dass Kritik «als normaler Bestandteil des öffentlich-gesellschaftlichen Lebens» zur sozialistischen Öffentlichkeit gehöre und kein Makel sei.

Bei der Wahrnehmung ihrer Funktion dürfe sich die Kritik auch nicht davon beeinflussen lassen, dass der «Gegner» in der Bundesrepublik auf ideologische Einmischung und Diversion setze und derart jede in der DDR stattfindende Diskussion und Auseinandersetzung auszunutzen suche. Denn, so zitierte das Blatt den Kritiker Heinz Plavius, «der Gegner wird immer Gegner bleiben, gleich ob wir offen reden oder vor lauter Vorsicht lieber erst gar nicht diskutieren, das heisst den Meinungsbildungsprozess zumindest hemmen». Man dürfe sich die Gesetze des Handelns und Redens nicht vom «Gegner» vorschreiben lassen. Allein die offene und kritische Argumentation diene der Entwicklung der DDR-Literatur.

Das Organ des DDR-Schriftstellerverbandes wiederholte in diesem Zusammenhang den Vorwurf von Plavius gegen die Literaturkritik, dass gerade sie es sei, die den literarischen Prozess unterbreche, statt ihn zu fördern. Es sei notwendig, dass die Kritik ihren polemischen und dialogischen Charakter auspräge. Dass dies bisher leider nur ungenügend geschehe, sei sowohl technisch-materiellen Faktoren wie zu geringen Publikationsmöglichkeiten als auch dem Verständnis von Kritik und Selbstkritik in der DDR-Gesellschaft geschuldet.



Die «Wehrbereitschaft» eines Teils der DDR-Jugend lässt offenbar mehr denn je zu wünschen übrig. In einer Ostberliner Analyse wird das Wehrbewusstsein «nicht weniger Jugendlicher» kritisch beurteilt («Militärwesen», Ostberlin, Nr. 9/1979).

Nicht jedem Jugendlichen, so heisst es darin, gelinge es selbständig, «die komplizierten Klassenauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus in ihrer Komplexität zu erfassen» und alle politischen Erscheinungen «klassenmässig» zu werten. Manchem falle es im Zusammenhang mit Fortschritten in der Entspannungspolitik «schwerer, die Notwendigkeit wachsender

Verteidigungsanstrengungen der sozialistischen Staaten zu verstehen». Die «immer erfolgreichere Verwirklichung» des auf das Wohl des Volkes gerichteten Programms der SED bedinge «nicht automatisch eine höhere Bereitschaft, Belastungen und Entbehrungen für den militärischen Schutz dieser Errungenschaften auf sich zu nehmen».



Zu einem ausserordentlich negativen Ergebnis ist die Ostberliner Fachzeitschrift «wirtschaftswissenschaft» (Nr. 9/1979) bei der Analyse der Exportaktivitäten der DDR-Industrie auf westlichen Märkten gekommen.

Nach Auffassung der Zeitschrift arbeiten die DDR-Exportbetriebe zu langsam, sind über die Nachfragesituation nicht ausreichend informiert, passen sich veränderten Marktlagen nur schwer an, verstehen es nicht, potentiellen Käufern die Qualität und den Nutzen insbesondere von Investitionsgütern aus der DDR plausibel zu machen. Vor allem die wissenschaftlich-technische und technologische Beratung der Kunden liegt, unter anderem wegen des Mangels an Fachleuten, weiterhin im argen. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

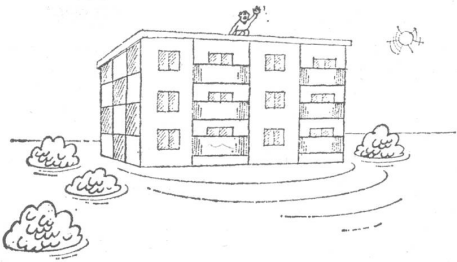
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)



Trotz System bis Mit System



Der Reparaturbetrieb: «Rohrbruch? Ham Se 'n Auftrag?»



«Schön vorsichtig, der Mischer gehört unserm Betrieb. Wenn er kaputt ist, kann ich ihn nicht mehr für 5 Mark die Stunde (privat) verpumpen.»



Lohnauszahlung: «Die Direktion ist sehr rücksichtsvoll. Sie sorgt immer dafür, dass wir Frauen wenigstens am Lohtag nicht so schwer zu tragen haben.»

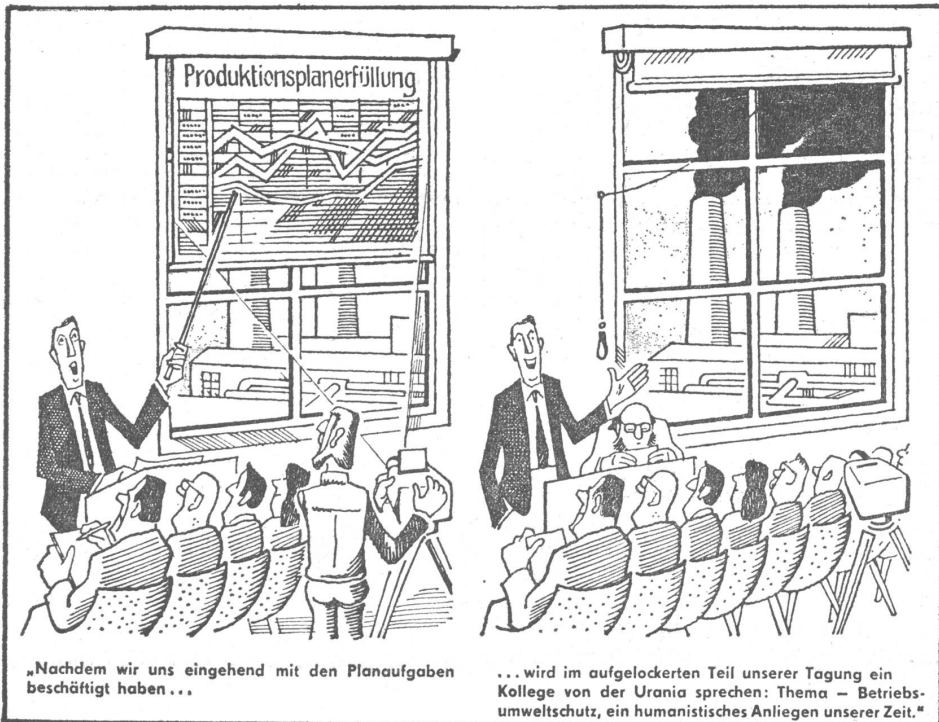


«Wie willst du diese Menge dann absetzen?» – «Ganz einfach. Ich sage den ersten drei Kunden, dass bei diesen Erzeugnissen ein Engpass eingetreten ist.»

Aus «Eulenspiegel», Ostberlin



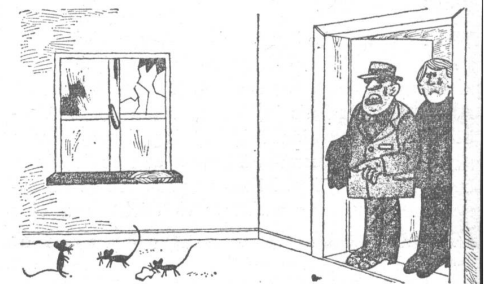
„Ich habe Ihnen doch gesagt – ein Chemiker mit Ihrer Qualifikation findet immer wieder Arbeit!“



„Nachdem wir uns eingehend mit den Planaufgaben beschäftigt haben ...“

... wird im aufgelockerten Teil unserer Tagung ein Kollege von der Urania sprechen: Thema – Betriebsumweltschutz, ein humanistisches Anliegen unserer Zeit.“

Der Umweltschutz liegt ausserhalb des Produktionsplanes.



«Hatte ich doch gesagt: Die Wohnungsverwaltung lässt keine Wohnung leerstehen.»